

Dresdner Volkszeitung

Organ für das werktätige Volk
 Redaktion: Dresden
 Verlagsstelle: Dresden
 Drucken: Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugpreis einschließlich Beleglohn mit dem wöchentlichen Belegen
 „Nach der Arbeit“ und „Voll und Zeit“ für einen halben Monat 1 M.
 Einzelnummer 10 Pf.
 Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Verlagsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261, Spred-
 kunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
 Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707,
 Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonparelletze
 30 Pf., die 25 mm breite 40 Pf., die 30 mm breite 50 Pf., für auswärtige An-
 zeigen 25 Pf. und 2 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche
 40 Proz. Rabatt. Für Briefmarkenbelegung 10 Pf.

Nr. 156

Dresden, Donnerstag den 8. Juli 1926

37. Jahrg.

Der schwierige Paarungsversuch Zollraub und Bürgerblut

Von Tony Sender

Die Anregung der Vorliegenden der sogenannten
 Arbeitgemeinschaft im Preussischen Staatsrat auf engere
 Zusammenarbeiten der beiden Rechtsparteien der Deut-
 schen nationalen und der Deutschen Volkspartei auch
 in anderen Parlamenten hat ein sehr interessantes Echo ge-
 funden. Im Reichstagsrat hat bereits Graf Westarp als
 Sprecher seiner Fraktion ganz unverblüht die Bereitwillig-
 keit der Deutschnationalen, sich demnächst an einer neuen Re-
 gierungsregierung zu beteiligen, verkündet. Westarp hatte da-
 mit nur den Faden weitergesponnen, den vor ihm führende
 Männer der deutschnationalen Reichstagsfraktion anzuknüpfen
 sich bemüht hatten. So ist es denn auch sehr bezeichnend, daß
 auf die freundliche Aufforderung der Herren von Gayl und
 Dr. Harres die Berliner Rechtsprelle wie auf Kom-
 mando mit der größten Bereitwilligkeit eintrifft. Die Dagen-
 berg-Mitglieder besaßen sich, zu erklären, daß diese Anregung im
 höchsten Grade dankenswerth sei. Bedauerlicherweise seien die
 Vorsitzenden der pp. Fraktionen in Urlaub. Man werde aber
 sofort nach ihrer Rückkehr auf diese gemalte Idee zurück-
 kommen. Die Anregung der Staatsratsmänner, die sich
 zum Teil ihre Wurzel auch in den besonderen Arbeitsbedin-
 gungen des Preussischen Staatsrats finden, sind also der
 deutschnationalen Seite im höchsten Grade erwünscht gewesen.
 Die fünfzigprozentig deutschnationale Tätigkeit Rundschau
 brachte sie in großer Aufmerksamkeit. Eine solche Lösung würde
 dieses hervorragende Organ des Außenministers aus allen
 inneren Schwierigkeiten befreien. Ganz so einfach scheint aber
 die Durchführung dieses Staatsratsprojektes nicht zu sein. Das
 offizielle Organ der Deutschen Volkspartei, die National-
 liberale Korrespondenz, winkt deutlich ab. Sie
 schreibt:

sofort durch eine fomisich-lächerliche Verächtigung aus der Welt
 gestrichelt wird. Sie möchten zwar gar zu gern an den Re-
 gierungsstellen sitzen, aber sie möchten sich doch rechtzeitig um
 die Verantwortung drücken. Sie wollen kein Bekenntnis zu
 der Außenpolitik der deutschen Republik, sie lehnen es nach
 der Formulierung der Deutschen Tageszeitung ab,
 „zunächst einmal Ruhe zu tun und sich beunruhiglos als Re-
 gierungsfraktion anzubieten“. Die Schwierigkeiten für die
 Schaffung einer großen Bürgerblutpartei dürften größer
 sein, als die Unterzeichen des Aufrufs vorausgesehen haben.

Die Nativität der Mittelparteien

Die Germania kommt am Donnerstag morgen noch
 einmal zurück auf die Haltung der sozialdemokratischen
 Reichstagsfraktion bei der Entscheidung über das Fürsten-
 abfindungsgezet und fordert zur Verbesserung des parlamen-
 tarischen Betriebes die Vereitigung der Vielheit
 der Parteien durch Bildung dauernder
 Parteigruppen oder Koalitionen. Zentrum und
 Demokrotaten hätten in den letzten Wochen bewußt und un-
 verbüllt auf die Große Koalition von Deutscher Volkspartei
 bis Sozialdemokratie hingearbeitet. Die Erfahrung, die das
 Zentrum nach so vielen früheren Enttäuschungen schon von
 neuem mit der Sozialdemokratie machen mußte, nötigte es,
 die Hoffnung auf eine baldige Befreiung zur Vernunft auf
 ein Minimum abzuzeichnen. „Während die Sozialdemokratie
 den Mittelparteien einen Kurs noch dem andern erteilt, ist
 von rechts höchstes Mißtrauen vernehmbar“, erklärt das
 Blatt. Aber solange die Deutschnationale Partei oder doch
 gewichtige Teile von ihr unser heutiges außenpoli-
 tisches und verfassungsmäßiges System in Frage stellen, sei
 die Zusammenarbeit mit ihr in der Regierung für das
 Zentrum undenkbar. „Erst wenn es zu der schon so oft
 angekündigten Sonderng zwischen den Gemäßigten und den
 Unentwegten unter den Deutschnationalen kommen sollte,
 könnte es sich der Mühe verlohnen, über die Möglichkeit
 einer Verbreiterung unserer Regierungsfoalition noch rechtis
 nachzudenken.“ Bis dahin predigt das Zentrumsglied einen
 festen Zusammenhalt der vier Mittelparteien zu einer auf
 längere Dauer berechneten Koalition. Wenn sich die Flügel-
 parteien der wofitiven Mitarbeit verweigern, bliebe keine
 Wahl, als „das Neuhertie zu versuchen, um für die Mittel-
 parteien allein die Mehrheit zu erzielen“.

Unter dem Neuhertie versteht das Zentrumsglied die
 Reichstagsauflösung. Wir hoffen dieses „Neuhertie“ für
 dringend notwendig, schon damit die Mittelparteien von der
 Illusion kuriert werden, als hätte die Sozialdemokratie diese
 Kritik unserer Ablehnung des unzulänglichen Abfindungs-
 kompromisses zu fürchten.

Nachdem die Sozialdemokratie ihren ablehnenden Be-
 schluss in der Frage des Fürstengezetes gefaßt hat, bekommt
 sie täglich Vorlesungen in der bürgerlichen Presse über ihr
 Verhalten zu hören. Und dabei ist es das heiligste Bemühen
 insbesondere der demokratischen und der Zentrumsglieder, der
 Welt glauben zu machen, daß erst infolge dieses ablehnenden
 Beschlusses diese Parteien sich genötigt gesehen hätten, der
 ungeheuerlichen Erhöhung wichtiger Lebensmittelpreise ihre
 Zustimmung zu geben, im geschlossenen Bürgerblut von den
 Demokrotaten bis zu den Deutschnationalen, vom Reichs-
 bankernkammeraden Haas bis zum Agrarier Schlang, Schön-
 ningen, vereint zu handeln, um einem hungernden, darbenden
 Bolke das Brot zu verteuern.

Den sogenannten republikanischen Parteien scheint nur
 die Verantwortung für diese Tat schon auf den Kägeln zu
 brennen, und aus diesem Grunde verurteilt man, sie auf die
 Sozialdemokraten abzuladen. Einem solchen im tiefsten
 Grunde unehrlichen Verfahren gegenüber gilt es aber ent-
 schieden Front zu machen. Diese Behauptungen stehen im
 schroffen Widerspruch zu den Tatsachen. Das ist nicht nur
 zu belegen auf Grund der eigenen Erfahrungen in den Ver-
 handlungen des Ausschusses und der Parteien, sondern das
 bestätigt — die demokratische Presse selbst. So
 schrieb noch am Abend des 1. Juli die Frankfurter Zeitung:

„Die jetzt bis zum 31. Juli geltende Regelung der Ju-
 stizfrage war vor einem Jahre unter der deutschnational beherr-
 schten Regierung, gegen die die Demokrotaten in Opposition standen,
 gewaltsam durchgesetzt worden, gegen die Sozialdemokratie,
 gegen die Demokratische Partei, auch gegen den inneren Wider-
 spruch eines Teils der Zentrumspartei. Wenn diese Gruppen
 der Linken jetzt bereit sind, entsprechend dem Vorschlag ihrer
 Genossenschaftsorganisationen diesen gegen sie zustande ge-
 kommenen Zustand auf eine Reihe von Monaten unverändert
 weiter gelten zu lassen, so ist das von ihrer Seite schon ein
 wirklich sehr große Konzession. Alles, was darüber hinausgeht
 in der Richtung des Regierungsbeschlusses, verpflichtet sie
 in die Mitverantwortung für die Politik des
 letzten Jahres und legt ihnen erst recht eine
 sehr schwere Verantwortung für Gegenwart
 und Zukunft auf, die mit dem Argument, die
 Politik sei die Kunst des Möglichen, sei die
 Wahl des kleineren Übels, auch nur unzuläng-
 lich gedeckt werden kann. Und tatsächlich geht das
 Koalitionskompromiß sehr weit in die Richtung des Herrn Dr.
 Hasse, richtiger wohl in die Richtung der Vorarbeiten des
 Ernährungsausschusses“.

Kein, es ist schon merklich ein sehr unzufreu-
 lich, ein sehr bedauerliches Komotromiß, nur
 daraus zu erklären, daß eine klare Linie des
 Erkennens und Willens fehlt.“

Das wurde geschrieben wenige Stunden vor dem ent-
 scheidenden Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion in der
 Fürstenfrage. Das demokratische Organ verurteilt das
 vorher unter den Regierungsparteien einschließlich der De-
 mokraten zustande gekommene Komotromiß, das bereits sig
 und fertig vorlag, als die sozialdemokratische Fraktion in
 ihre Sitzung ging!

Durch die ungeheure Spannung, mit der die deutsche
 Öffentlichkeit die alle Aufmerksamkeit fesselnde Entschlei-
 dung in der Fürstenfrage erwartete, wurde das Interesse
 der breiten Masse von dieser eminent wichtigsten volkwirt-
 schaftlichen Frage des neuen Zollraubes abgelenkt. Und doch
 unterschätzen damit die Agrarier, in erster Linie die Grob-
 agrarier, einen ganz ähnlichen Raubzug, wie ihn die Fürsten
 gegen das verarmte Volk vorhaben.

Ganz knapp sei hier der Tatbestand gezeichnet:

Seit Zollraub des vergangenen Sommers war es dem
 linken Flügel des Zentrums gelungen, für gewisse wichtigste
 Lebensmittel ermäßigte Zollsätze (3 M. für Roggen, 3,50 M.
 für Weizen, 1 M. für Futtergerste usw.) durchzusetzen, die
 allerdings nur bis zum 31. Juli 1926 festgelegt waren.
 Jedoch hatte die Regierung zugelangt, daß bis zu diesem
 Datum die ermäßigten Sätze dadurch definitiv geworden sein
 sollen, daß sie in dieser festgelegten Höhe in den abzu-
 schließenden Handelsverträgen mit Agrarländern gebunden
 sein sollen.

Der 31. Juli 1926 rückte heran, die fraglichen Han-
 delsverträge mit den Agrarländern waren noch nicht abge-
 schlossen. Da plakt die Regierung mit einem ganz hinter-
 hälligen Spiel mitten in diese Situation hinein: Im Han-
 delsvertrag mit Schweden — einem Lande, das so gut
 wie gar keine agrarische Ausfuhr hat — vereinbart sie Zoll-
 sätze für die wichtigsten Lebensmittel, die u. a. für Roggen
 6 M., für Weizen 8,50 M., für Futtergerste 5 M. usw. be-
 tragen, also eine Verdoppelung bis zu einer Verdreifachung
 der jetzigen Sätze bedeuten. Was sollte der Zweck dieses
 Manövers sein? Angeblich sollten auf diese Weise Grund-
 lagen geschaffen werden, um bei den noch schwebenden Ver-
 handlungen mit den Agrarstaaten, vor allem Polen, die
 Gegenseite zu größeren Zugeständnissen zu zwingen. Man
 braucht nun gerade nicht in die Geheimnisse diplomatischer
 Spieltheater eingeweiht zu sein, um dieses plumpe Spiel
 zu durchschauen und ... nicht darauf hineinzufallen. Es
 dürfte es auch klüger sein, die Polen nicht für Dumme zu
 halten als uns selbst und sich nicht einzubilden, sie würden die

Republik und Reaktion

Der Fall Grohmann

Zum Ausschlusse des Senatspräsidenten Dr. Grohmann
 aus dem Preussischen Richterverein wird uns von beteiligter Seite
 geschrieben:

„Im Kampf um Bestand und Sicherheit der Republik
 spielen sich zur Zeit, innerhalb großer Beamtenverbände, Dinge
 ab, deren Wichtigkeit von der Öffentlichkeit nicht immer erkannt
 wird, weil sie von der Presse einer gewissen Richtung falsch orien-
 tiert, teils von Interessenten in Ruhe eingewiegt wird. Dies gilt
 von der Auseinandersetzung des republikanischen Rich-
 terbundes und seiner Landesgruppen mit dem Deutschen
 Richterbund und seinen Landesorganisationen. Für Sachsen
 ist eine reinliche Scheidung eingetreten. Die Richter und
 Staatsanwälte, die sich offen zur Republik bekennen und mit dem
 Volke und seinem Rechtsempfinden gehen, sind längst aus dem im
 reaktionären Fahrwasser schwimmenden Verein Sächsischer
 Richter und Staatsanwälte ausgetreten und haben sich
 im republikanischen Richterbund neu zusammengeschlossen. In
 Preußen sind die Verhältnisse nicht so weit gediehen. Dort sind die
 republikanischen Richter teilweise im Preussischen Richterverein ge-
 blieben und haben ihm die Vertretung ihrer Standesinteressen
 überlassen, während sie in staatspolitischer Beziehung, im Anschluß
 an den republikanischen Richterbund, andere Wege gegangen sind.
 Wie aber Feuer und Wasser unbindbare Gegensätze sind, so treiben
 auch in Preußen die Dinge zu einer Trennung.“

In der Person des Senatspräsidenten Dr. Grohmann
 handelt es sich um die erste Phase der bevorstehenden Auseinander-
 setzung. Der Preussische Richterverein hat ihm den peinlichen
 Prozeß wegen „vereinschädigenden Verhaltens“ gemacht und ihn
 aus seinen Reichen ausgeschlossen. Der Ausschluß hat ihm wahr-
 haftig nicht weh getan. Jeder, der die Verhältnisse kennt, weiß, daß
 er, wie jeder aufrechte republikanische Richter, mit den „lieben
 Kollegen“ von der anderen Seite längst fertig war und daß sein
 Verbleiben im Preussischen Richterverein nur bezweckte, diesen zu
 einer Entleistung seiner wahren Bestimmung zu zwingen. Das
 ist ihm überaus gelung gelungen!

„Vereinschädigend“ für den Preussischen Richterverein ist,
 nach den Ausschlußgründen, jede offene Kritik eines Richters
 an Schänden der Rechtsprechung. Es ist ihm zu glauben, daß er an
 solcher Kritik Schänden nimmt. Denn treffende und gerechte Kritik

an richterlichen Erkenntnissen aus beruflichem Munde weist dem
 Volke langsam nach, daß etwas faul ist im Staate und seiner
 Justiz. Und da sich diese Kritik immer nur gegen Mitglieder des
 Deutschen Richterbundes und seiner Landesorganisationen wenden
 kann, weil die republikanischen Richter mit dem Volke und seinem
 Empfinden gehen, darum, nur darum der Maulkorb für den un-
 bequemen Kritiker!

Was hat Senatspräsident Dr. Grohmann denn eigentlich
 getan? Er hat die bekannten Fehlsprüche in den Fürsten-
 prozessen einer Betrachtung unterzogen und gesagt:

„Diese und andere fürstenerbliche Entscheidungen wären
 nicht ergangen, wenn der Geist der heutigen Verfassung die
 Rechtsprechung beseele.“ Eine Wankmahnheit, gegen die die
 „objektiven“ Richter im Preussischen Richterverein mit dem Aus-
 schlusse dessen ankämpfen, der sie auszusprechen magt. Ein ande-
 rmal hat er die Befreiung der leitenden preussischen Justizbeam-
 tetenstellen und der Justizprüfungskommission mit qualifizierten
 Vertretern der republikanischen Staatsform gefordert, ein Ver-
 langen, das einem Beschlusse der Fraktionen, von der Deutschen
 Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten, im Preussischen Landtage
 entspricht. Nach den Ausschlußgründen stellt dies Verlangen auf
 eine Einschlußnahme in parteipolitischer Richtung ab. Man muß sich
 die Kopf halten ob dieser Stellungnahme der „objektiven“ Richter.
 In der von ihnen gepriesenen Monarchie war es Prinzip, in alle
 Staatsstellen, besonders aber in die der Richter, nur appro-
 bierte Monarchisten einzustellen. Was der Monarchie recht
 war, soll der Republik nicht billig sein — wozu Gipfel der Objek-
 tivität! Würde man nicht, daß der Deutsche Richterbund und seine
 Landesorganisationen „überparteilich“ sind, überparteilich im Sinne
 von völlig — deutschnational — deutschnationalparteilich, kann könnte
 einem die Suche leid tun. So aber entlarvt die gekennzeichnete
 Stellungnahme gegen das selbstverständliche Recht des Staats-
 bürgers auf Kritik und gegen ein ebenso selbstverständliches staats-
 politisches Verlangen den wahren Charakter dieser Richtervereinigun-
 gen. Das Berliner Tageblatt hat darum recht, wenn es in
 seinen Betrachtungen zum Falle Grohmann dazu rät, in politischen
 Bezügen Mitglieder dieser Vereinigungen als befangen abzu-
 lehnen, da sie republikanische Gesinnung mit Parteipolitik
 verwechseln und sich dagegen wehren, daß der Geist der Weimarer
 Verfassung die Rechtsprechung durchdringt.“

Der junge Arbeiter

Jg. 1926